



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN POLEN ZU EUROPA

■ ANALYSE	
Die öffentliche Meinung in Polen zur europäischen Integration Jacek Kucharczyk, Warschau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Eurobarometer-Umfragen zur EU	4
Die Ergebnisse des Referendums vom 7. / 8. 06. 2003 zum EU-Beitrittsvertrag	6
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 05. bis zum 20. Juni 2007	11

Die Herausgeber danken der BSH Bosch, Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die öffentliche Meinung in Polen zur europäischen Integration

Jacek Kucharczyk, Warschau

Zusammenfassung

Drei Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union unterstützt die überwältigende Mehrheit der Polen die Mitgliedschaft in der EU. Zwei Drittel der Gesellschaft sind der Meinung, dass die europäische Integration mehr Vor- als Nachteile bringt, und eine entschiedene Mehrheit der Befragten unterstützt sowohl die Vertiefung der Integration als auch die Erweiterung der EU um neue Mitglieder. Das bedeutet, dass sich die Schere zwischen der polnischen Gesellschaft und der Mehrheit der politischen Klasse vergrößert. Während die polnische Regierung, mit Unterstützung eines Teils der Opposition, sich zum Ziel gesetzt hat, die Prozesse einer tieferen Integration aufzuhalten, teilt die öffentliche Meinung die Ängste, die der aktuellen Politik der polnischen Regierung zugrunde liegen, nicht.

Die gesellschaftliche Unterstützung für die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union wächst seit der zweiten Hälfte des Jahres 2004 und hat gegenwärtig – im dritten Jahr der Mitgliedschaft – fast 90 % erreicht. Seit Beginn systematischer soziologischer Untersuchungen zu diesem Thema im Jahr 1994 hatte es diesen Grad der Zustimmung nicht gegeben. Die Anhänger der Integration dominieren deutlich in allen gesellschaftlich-ökonomischen Gruppen. Wie immer lässt sich die größte Zustimmung für die Integration unter jungen Menschen (25 – 35 Jahre), Einwohnern von Großstädten, der Intelligenz und Studenten sowie Menschen in einer guten materiellen Situation feststellen. Aber auch in den traditionell skeptischen Gruppen, insbesondere bei den Landwirten, ist ein bemerkenswerter Anstieg der Unterstützung für die Europäische Union zu verzeichnen – gegenwärtig sind 80 % der Bauern für die Integration. In der Phase vor dem Beitritt waren sie die einzige gesellschaftliche Gruppe, in der die Gegner der Mitgliedschaft das Übergewicht hatten. Die Einstellung zur Integration wird nicht von den politischen Ansichten vorgegeben: Anhänger der Linken, des Zentrums und der Rechten sprechen sich gleichermaßen für sie aus. Ebenso hat die Religiosität der Befragten nur einen geringen Einfluss auf die Haltung zur EU.

Die wachsende Zustimmung zur Integration Polens in die EU in den letzten zwei Jahren ist deutlich mit einem wachsenden Optimismus hinsichtlich der erwarteten Folgen der Mitgliedschaft für das Land wie auch für die Befragten selbst verbunden. Von 1999 bis 2004, also in der Zeit intensiver Verhandlungen über die Bedingungen der Mitgliedschaft, stellten die Soziologen einen deutlich wachsenden Pessimismus in Bezug auf die Konsequenzen der Integration fest. Im Februar 2004, also unmittelbar nach Beendigung

der Verhandlungen und der Ratifizierung des Beitrittsvertrags, drei Monate vor der Erweiterung der Union, glaubten fast 40 % der Polen, dass die EU-Mitgliedschaft Polen mehr Schaden als Nutzen bringen werde. Viele Menschen hatten Angst um die polnischen landwirtschaftlichen Betriebe, die aufgrund ihrer geringen Größe und Zersplitterung sowie bisher fehlender Investitionen – so die öffentliche Einschätzung – auf dem Markt der EU nicht konkurrenzfähig zu sein schienen. In der gesellschaftlichen Bewertung garantierten darüber hinaus die Konditionen für die Unterstützung der polnischen Bauern durch die EU, die auf einem viel niedrigeren Niveau vereinbart worden waren als mit den Landwirten der EU-15, keine ehrliche Konkurrenz. Ähnliche Befürchtungen hegten die Polen gegenüber dem Schicksal der polnischen Unternehmen. Ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft, darunter auch viele Anhänger der EU-Mitgliedschaft, dachte, dass unmittelbar nach dem Beitritt ein Schock eintreten werde, dessen Folgen mit denen der „Schocktherapie“ vergleichbar sein würden, die die erste nichtkommunistische Regierung in den Jahren 1989 – 1990 der Gesellschaft verordnet hatte. Auch wenn sich die sog. Balcerowicz-Reform (Leszek Balcerowicz, 1989–1991 Finanzminister, verantwortlich für die wirtschaftliche Transformation Polens von der sozialistischen Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft, Anm. d. Red.) auf längere Sicht als heilsam für die polnische Wirtschaft erwiesen hat, waren doch ihre gesellschaftlichen Auswirkungen und insbesondere die nirgendwo anders in Europa notierte hohe Arbeitslosigkeit für einen Teil der Gesellschaft sehr schmerzhaft. Dies beeinflusste die Einstellung der Polen zur EU in der Phase der Beitrittsverhandlungen enorm. Der Grad der Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft war unter den Menschen, die gegen-

über der gesamten Transformation kritisch eingestellt waren, eindeutig niedriger als unter den Transformationsbefürwortern.

Die in der Zeit vor dem Beitritt relativ stark verbreiteten Befürchtungen gegenüber der Integration in die EU nutzten die populistisch-radikalen Parteien *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* und *Selbstverteidigung (Samoobrona)* wirksam aus: Sie erzielten ihre größten Wahlerfolge in den Jahren 2001 bis 2004, d.h. in einer Zeit wachsender Ängste und eines ansteigenden gesellschaftlichen Pessimismus hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung. Trotz der gesellschaftlichen Ängste erlitten die antieuropäischen Parteien jedoch einer Niederlage im Referendum, das zum Beitritt durchgeführt wurde: Bei einer für Polen sehr hohen Wahlbeteiligung von 58 % sprachen sich 77 % für den Beitritt und nur 22 % dagegen aus. Die *LPR* und die *Samoobrona* machten sich dennoch die Phase der guten Konjunktur für Euroskeptiker zu nutze und erreichten in den Parlamentswahlen 2001, den Kommunalwahlen 2002 und in den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 gute Ergebnisse (s. nebenstehende Tab.). In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 begann aber die Unterstützung der Gesellschaft für diese Parteien deutlich zu fallen, was mit der wachsenden Befürwortung der Integration einherging. Nach aktuellen Meinungsumfragen hätten beide Parteien bei Parlamentswahlen derzeit große Probleme, die 5 %-Hürde zu überspringen und wieder in den Sejm einzuziehen.

Nach dem Beitritt Polens zur EU im Mai 2004 zerstreuten sich die Ängste der Gesellschaft recht schnell. Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich, die Arbeitslosigkeit ging allmählich zurück, und die polnische Landwirtschaft kam gut auf dem EU-Markt zurecht. Gegenwärtig sind zwei Drittel der Polen der Meinung, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft die Nachteile überwiegen. Nach Untersuchungen des anerkannten Meinungsforschungsinstituts CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) steigt seit zwei Jahren auch die Zahl derer, die überzeugt sind, dass die Integration ihnen persönlich eher Nutzen als Schaden bringt. Gegenteiliger Meinung ist nur jeder 10. Pole, und nur jeder 20. ist nicht in der Lage, irgendeinen durch die EU-Mitgliedschaft bedingten Vorteil zu benennen. Am meisten schätzen die Polen die offenen Grenzen (29 %), die Hilfe für die Landwirtschaft (28 %) sowie die Möglichkeit, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen (28 %). Im vergangenen Jahr nahm die Anzahl der Personen zu, die die Investitionshilfen der EU für die Infrastruktur und andere Bereiche würdigten. Weiterhin ist ein positiver Einfluss der

Mitgliedschaft auf die Situation der Wirtschaft festzustellen. 2007 stieg die Zahl derer sprunghaft an (von 29 % auf 56 %), die überzeugt sind, dass die EU den Rückgang der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Allerdings dominiert unter den von den Befragten genannten negativen Folgen der Mitgliedschaft das Problem der Abwanderung von Fachkräften und gut Ausgebildeten ins Ausland (6 %). Ein Teil der Untersuchten nennt als negative Konsequenzen die Notwendigkeit, sich den Anforderungen der EU anzupassen sowie die Beschränkung der Souveränität Polens in der EU. Gleichzeitig meinen 68 % der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft Polens Position in Europa verbessert hat. Demnach werden also die Vorteile, die sich aus der Integration ergeben, deutlich stärker wahrgenommen als die Nachteile, und eine eindeutige Mehrheit der Befragten ist nicht in der Lage, negative Folgen der Integration zu benennen.

Die Stimmenabgabe für *Samoobrona* und *LPR*

Partei	Parlamentswahlen 2001	Wahlen zu den Re- gionalparlamenten 2002
SO	10 %	16 %
LPR	8 %	14 %
insg.	18 %	30 %

Partei	Wahlen zum Europäischen Parlament 2004	Parlaments- wahlen 2005	Wahlen zu den Regionalpar- lamenten 2006
SO	11 %	11 %	6 %
LPR	15 %	8 %	5 %
insg.	26 %	19 %	11 %

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], <http://www.pkw.gov.pl>

Der steigende Optimismus, der mit den Folgen der Mitgliedschaft Polens in der EU zusammenhängt, scheint sich unmittelbar auf die starke Befürwortung der Polen sowohl für eine zusätzliche EU-Erweiterung als auch für die Vertiefung der Integration unter den gegenwärtigen Mitgliedsländern zu übertragen. Nach neuesten Untersuchungen des „Eurobarometers“ (Nr. 67 – Untersuchungen von April bis Mai 2007) (von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfragen, Anm. d. Red.), unterstützen 76 % der Polen eine neue EU-Erweiterung, was Polen unter den 27 untersuchten Ländern auf Platz 1 setzt (der Durchschnittswert für die EU-25 betrug 49 %). Die Polen befürworten auch mit 69 % den Verfassungsvertrag der EU (Durchschnittswert für die EU-27: 66 %). Aus früheren Umfragen (Eurobarometer 66

– Untersuchungen von September bis Oktober 2006) geht hervor, dass Polen zu den Ländern gehört, die am stärksten eine gemeinsame EU-Außenpolitik unterstützen (78 % gegenüber dem Durchschnitt der EU-25 von 68 %) sowie eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (84 % gegenüber dem Durchschnitt der EU-25 von 75 %). Auch das Vertrauen in die Institutionen der EU bleibt groß. Aus den Untersuchungen des unabhängigen Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau geht hervor, dass die Polen die Tätigkeiten der EU-Institutionen höher bewerten als die der eigenen polnischen Einrichtungen, was sich darin niederschlägt, dass sie eine Vertiefung der Integration befürworten.

Zusammenfassend kann man also feststellen, dass Polen zu den Gesellschaften in Europa gehört, die sich am stärksten integrationsfreundlich aussprechen. Der Missklang zwischen der polnischen öffentlichen Meinung und der Politik der gegenwärtigen Regierung,

die darauf ausgerichtet ist, die Integrationsprozesse zu verlangsamen, ergibt sich vor allem daraus, dass eine glaubwürdige politische Repräsentation der pro-europäischen Wählerschaft fehlt. Die Mitte-Rechts-Partei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*, die gegenwärtig das größte gesellschaftliche Vertrauen genießt, hat in vielen Fragen, wie z.B. dem Verfassungsvertrag, eine Einstellung, die sich an die regierende Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* annähert. Die pro-europäische Linke dagegen konnte immer noch nicht das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, das sie nach einer Reihe von Korruptionsaffären in den Jahren 2003 und 2004 eingebüßt hatte. Dennoch wird die pro-europäische Haltung der Bevölkerung in wachsendem Maße die Haltung der politischen Parteien beeinflussen und mittelbar auch die Politik der Regierung.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Dr. Jacek Kucharczyk, Jahrgang 1962, Soziologe und Politologe, Programmdirektor des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP), eines unabhängigen, überparteilichen NGO-Think Tanks in Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der europäischen Integration, die Entstehung und Entwicklung des polnischen Parteiensystems, die Rolle der neuen EU-Mitgliedsländer in der Debatte über europäische Themen sowie die Demokratie in den Transformationsländern. Der Autor ist Redakteur und Mitautor verschiedener Bücher, Kommentator polnischer und europäischer Themen in polnischen und ausländischen Medien.

Tabellen und Grafiken

Eurobarometer-Umfragen zur EU

Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Antworten: sehr positiv + ziemlich positiv

Irland	68 %
Spanien	64 %
Polen	64 %
Slowenien	62 %
Belgien	60 %
Litauen	59 %
Rumänien	59 %
Italien	58 %
Slowakei	58 %
Luxemburg	56 %
Estland	56 %
Malta	55 %
Bulgarien	54 %
Zypern	53 %

Deutschland	52 %
Portugal	52 %
Griechenland	51 %
Frankreich	50 %
Niederlande	46 %
Tschechische Republik	45 %
Dänemark	44 %
Schweden	41 %
Ungarn	41 %
Lettland	36 %
Großbritannien	35 %
Österreich	34 %
Finnland	29 %

Sind Sie für oder gegen eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen?

Antwort: dafür

Polen	76 %	Estland	55 %
Litauen	68 %	Schweden	52 %
Slowenien	67 %	Dänemark	51 %
Rumänien	67 %	Portugal	51 %
Spanien	65 %	Niederlande	50 %
Zypern	65 %	Italien	48 %
Tschechische Republik	64 %	Belgien	44 %
Ungarn	64 %	Irland	42 %
Malta	62 %	Großbritannien	41 %
Slowakei	59 %	Finnland	39 %
Bulgarien	58 %	Deutschland	34 %
Griechenland	56 %	Frankreich	32 %
Lettland	56 %	Österreich	28 %
		Luxemburg	25 %

Sind Sie für oder gegen eine Verfassung für die Europäische Union?

Antwort: dafür

Belgien	82 %	Slowakei	64 %
Slowenien	80 %	Irland	62 %
Ungarn	79 %	Griechenland	61 %
Deutschland	78 %	Estland	61 %
Spanien	75 %	Bulgarien	60 %
Italien	72 %	Lettland	59 %
Zypern	69 %	Malta	56 %
Polen	69 %	Niederlande	55 %
Rumänien	69 %	Tschechische Republik	55 %
Frankreich	68 %	Österreich	49 %
Luxemburg	66 %	Finnland	47 %
Litauen	66 %	Schweden	47 %
Portugal	64 %	Dänemark	45 %
		Großbritannien	43 %

Zustimmung zu einer EU-Verfassung in ausgewählten Mitgliedstaaten: Veränderungen zwischen Herbst 2006 (Eurobarometer / EB 66) und Frühjahr 2007 (Eurobarometer / EB 67)

	Herbst 2006 (EB 66)	Frühjahr 2007 (EB 67)	Veränderung (% Punkte)
Spanien	62 %	75 %	+ 13
Estland	55 %	61 %	+ 6
Deutschland	73 %	78 %	+ 5
Ungarn	74 %	79 %	+ 5
Polen	64 %	69 %	+ 5
Finnland	53 %	47 %	- 6
Zypern	75 %	69 %	- 6
Griechenland	72 %	61 %	- 11

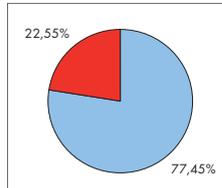
Quelle: Eurobarometer 67: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Befragung: April – Mai 2007, Veröffentlichung: Juni 2007, http://ec.europa.eu/public_opinion

Die Ergebnisse des Referendums vom 7. / 8. 06. 2003 zum EU-Beitrittsvertrag

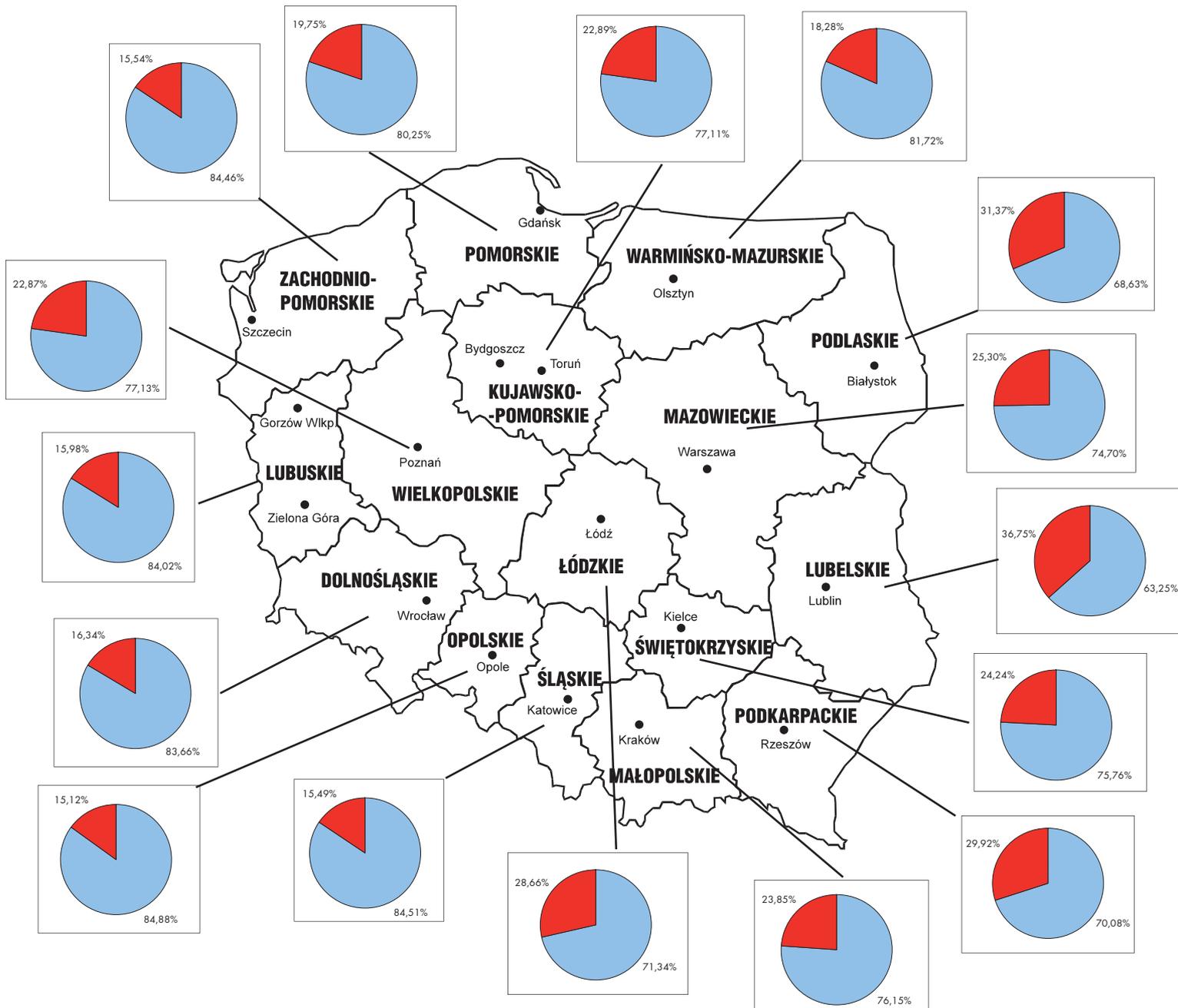
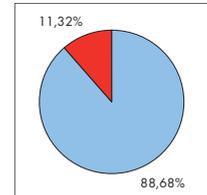
Stimmen Sie dem Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union zu?

■ Ja ■ Nein

Stimmabgabe
insgesamt



Stimmabgabe der
Polen im Ausland



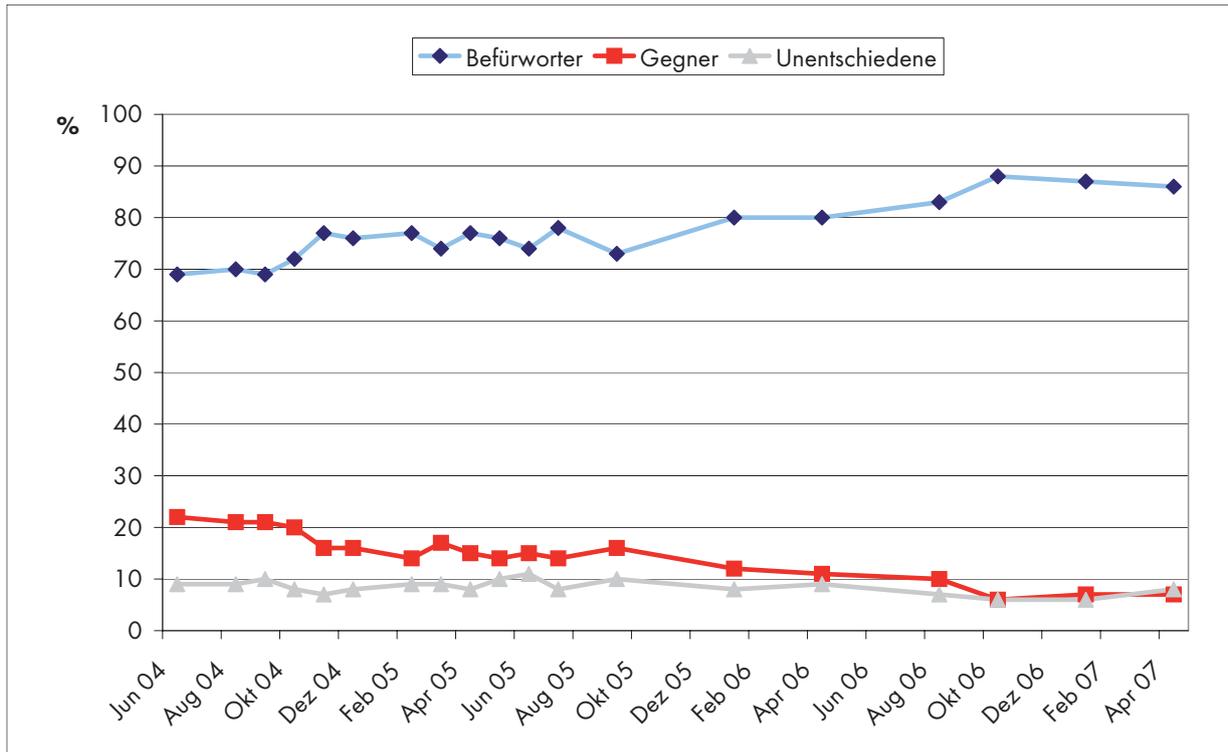
Quelle für Daten: Państwowa Komisja Wyborcza / Staatliche Wahlkommission, <http://www.pkw.gov.pl>
Quelle für Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <http://www.cbos.pl>

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft

Anm.: Die Abweichung von 100 % ergibt sich aus Rundungsdifferenzen.

Quelle: CBOS, BS/70/2007: Ocena skutków przystąpienia Polski do UE po trzech latach członkostwa [Die Beurteilung der Folgen des polnischen EU-Beitritts nach drei Jahren Mitgliedschaft], Warszawa 4 / 2007, <http://www.cbos.pl>

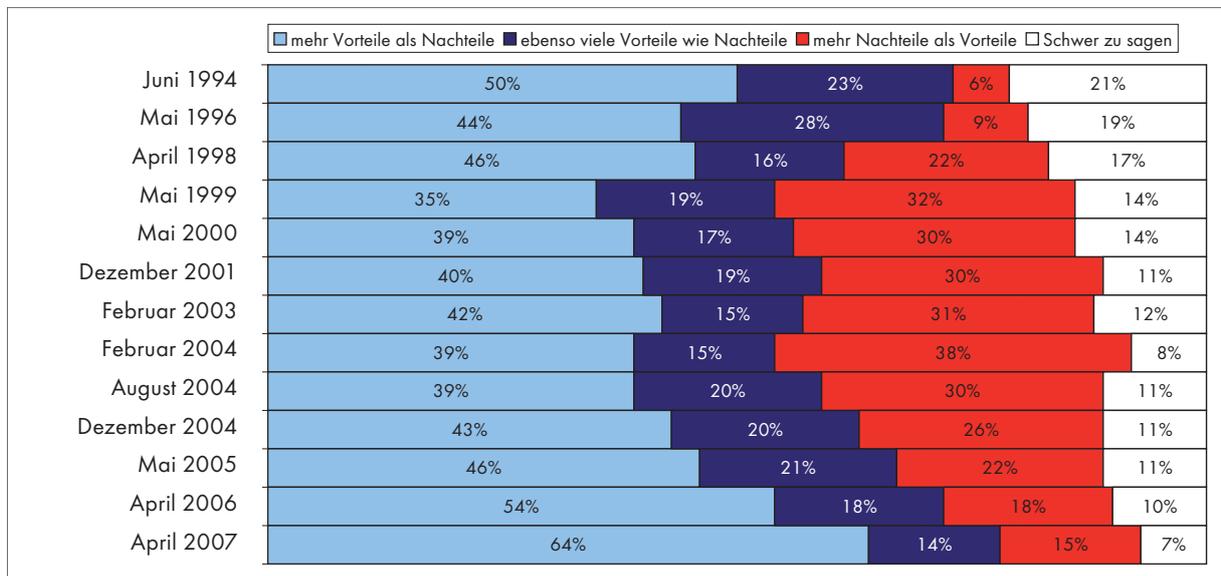
Die Einstellung zur Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union



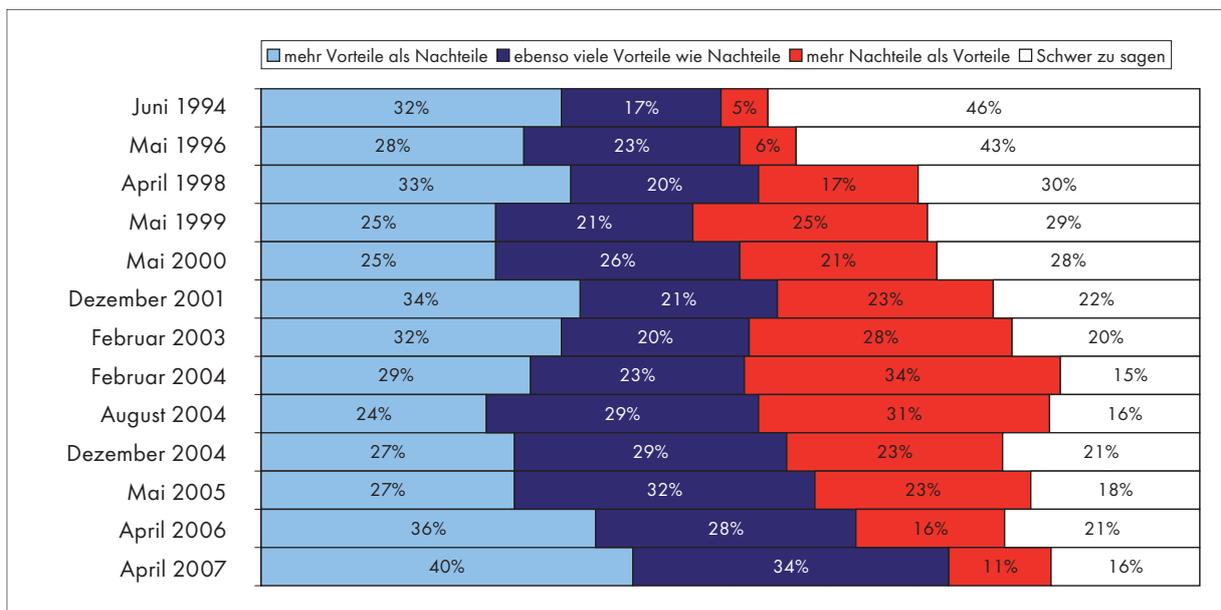
	Juni 2004	August 2004	Sept. 2004	Okt. 2004	Nov. 2004	Dez. 2004	Februar 2005	März 2005	April 2005	Mai 2005
Befürworter	69	70	69	72	77	76	77	74	77	76
Gegner	22	21	21	20	16	16	14	17	15	14
Unentschiedene	9	9	10	8	7	8	9	9	8	10

	Juni 2005	Juli 2005	Sept. 2005	Januar 2006	April 2006	August 2006	Okt. 2006	Januar 2007	April 2007
Befürworter	74	78	73	80	80	83	88	87	86
Gegner	15	14	16	12	11	10	6	7	7
Unentschiedene	11	8	10	8	9	7	6	6	8

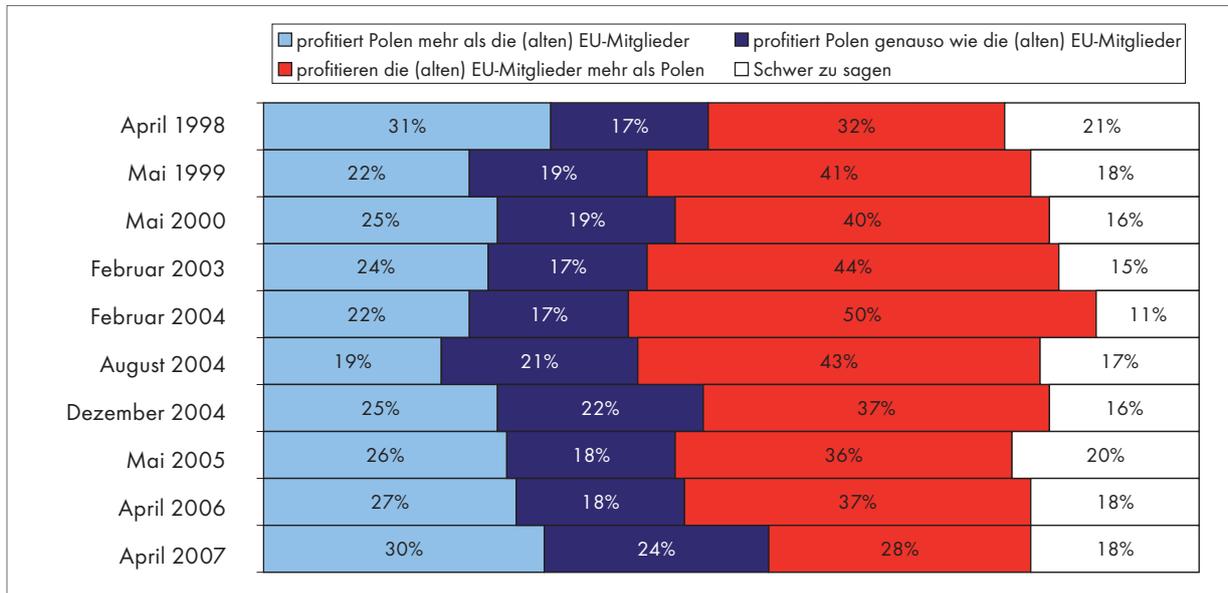
Der Beitritt zur Europäischen Union bringt Polen...



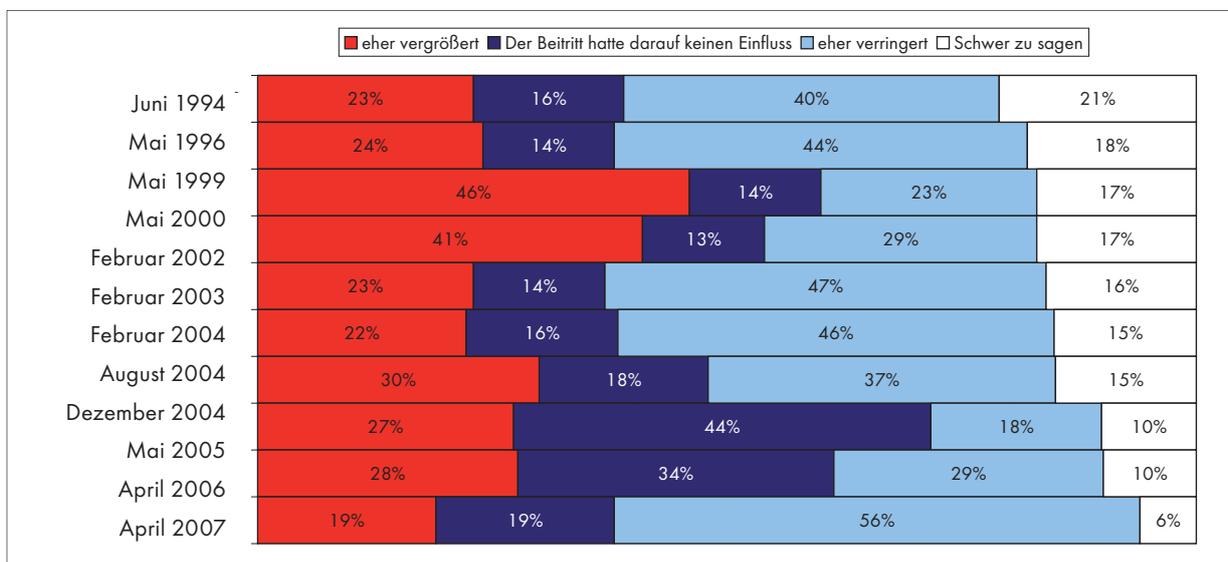
Der Beitritt zur Europäischen Union bringt mir persönlich...



Von dem EU-Beitritt Polens...



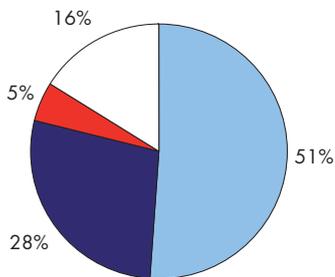
Hat sich die Arbeitslosigkeit in Polen infolge des EU-Beitritts...



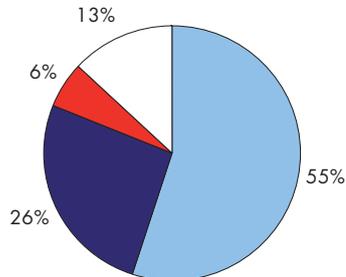
Anm.: Bis 2 / 2004 wurde die Frage im Futur gestellt.

Hat sich die internationale Sicherheit Polens infolge des EU-Beitritts...

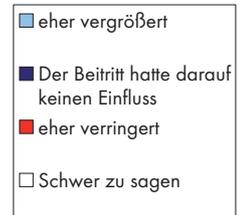
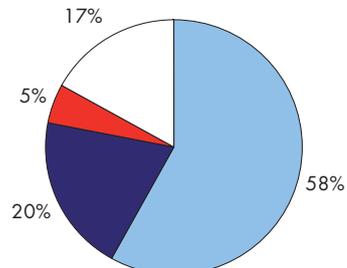
Mai 2005



April 2006

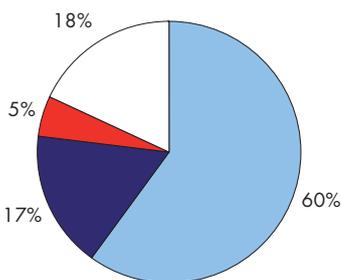


April 2007

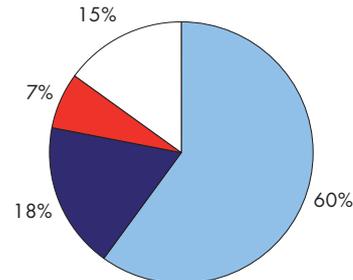


Hat Ihrer Ansicht nach der Beitritt Polens zur EU sich positiv oder negativ auf die Position Polens in Europa ausgewirkt, oder hatte er keinen Einfluss?

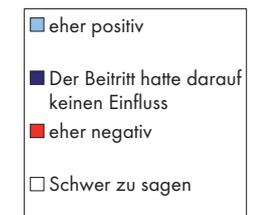
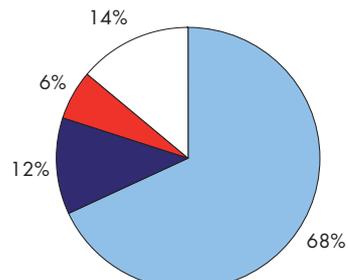
Mai 2005



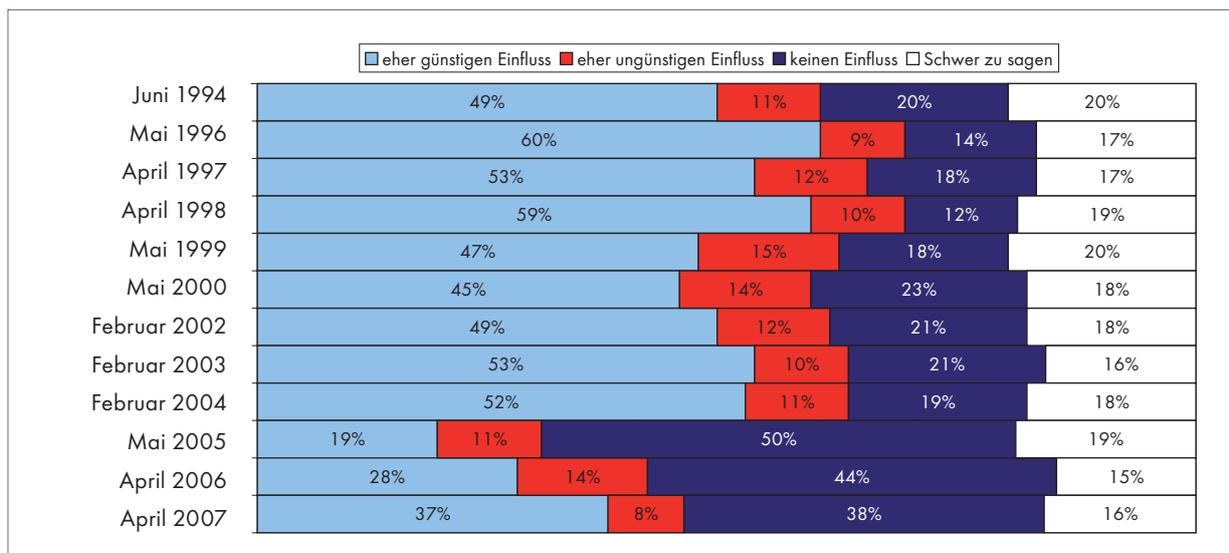
April 2006



April 2007

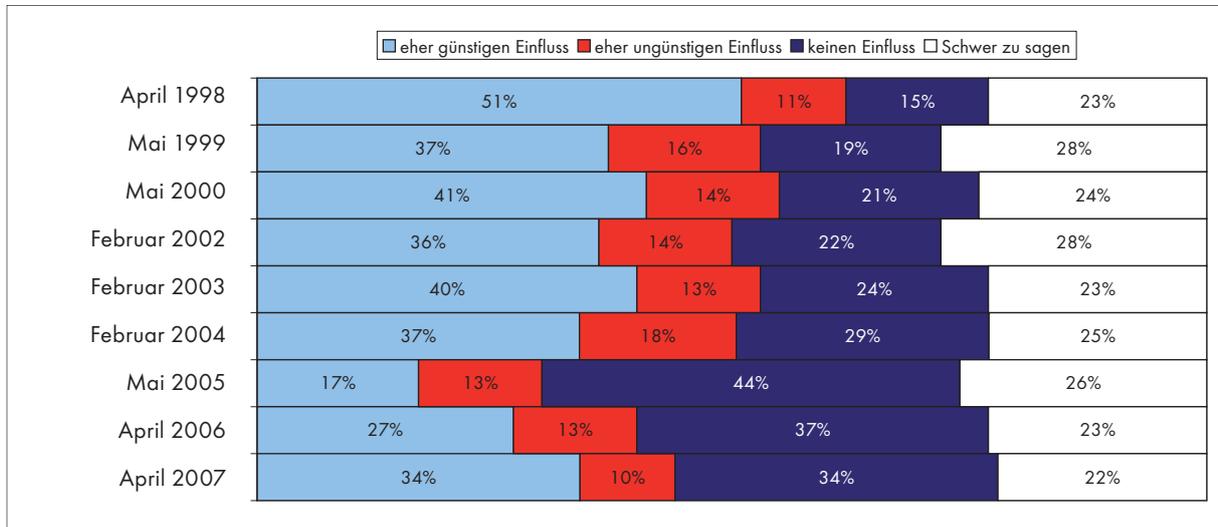


Welchen Einfluss hatte der Beitritt Polens zur EU auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften in Polen?



Anm.: Bis 2 / 2004 wurde die Frage im Futur gestellt.

Welchen Einfluss hatte der Beitritt Polens zur EU auf die Funktionsweise des politischen Systems in Polen?



Anm.: Bis 2 / 2004 wurde die Frage im Futur gestellt.

Chronik

Vom 05. bis zum 20. Juni 2007

05.06.2007	Laut Ministerpräsident Jarosław Kaczyński stellt der in die Politik zurückgekehrte ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, Vorsitzender des Programmrats der Linken und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), eine Konkurrenz für die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) dar. Die PO sei selbst dafür verantwortlich, sie eröffne durch ihre Attacken auf die Regierungskoalition und die IV. Republik „den Kommunisten“ eine Chance.
05.06.2007	Gespräche über den neuen EU-Verfassungsvertrag dominieren den zweitägigen Besuch des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, in Polen. Sollte Polen auf seinem Vorschlag eines neuen Abstimmungsverfahrens (Quadratwurzel-Formel) bestehen, könne dies zu einem ernsthaften Problem werden. Das russische Embargo für polnisches Fleisch sei ein Thema, das die ganze EU angehe. Die Pläne, ein amerikanisches Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien zu errichten, sollten nach Auffassung Pötterings im Rahmen der EU und der NATO entschieden werden.
07.06.2007	Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Józef Michalik, verurteilt in seiner Fronleichnamspredigt die Regierungspartei PiS: Indem sie sich geweigert habe, den Schutz des ungeborenen Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis an gesetzlich festzulegen, habe sie eine moralische Prüfung nicht bestanden.
07.06.2007	Nach Meinung von Verteidigungsminister Aleksander Szczygło würden die Vereinigten Staaten das russische Streben nach Einfluss in Osteuropa bestätigen, sollten sie den Vorschlag des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin, vorgetragen auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm, annehmen, den Raketenabwehrschild nicht wie geplant in Polen und Tschechien zu bauen, sondern in Aserbaidschan.
08.06.2007	Während eines Besuchs des amerikanischen Präsidenten George Bush in Polen nach dem G-8-Gipfel äußert Staatspräsident Lech Kaczyński kein abschließendes Einverständnis mit den amerikanischen Plänen, einen Raketenabwehrschild in Polen zu errichten, und verweist auf das für Juli vorgesehene Treffen mit Bush in Washington.
11.06.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński spricht sich dafür aus, die Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag um ein Jahr zu verlängern, ansonsten würde Polen mit einem Veto reagieren. Polen tritt für das Abstimmungsverfahren nach der Quadratwurzel-Formel ein, die einer Verteilung der Stimmenanzahl nach dem Nizza-Verfahren näher kommt, während die meisten EU-Staaten (25 Staaten von 27) das Prinzip der doppelten Mehrheit favorisieren, das im zur Verhandlung stehenden Verfassungsvertrag vorgesehen ist.

11.06.2007	Der Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, warnt Polen davor, dass ein Veto gegen den zu verhandelnden EU-Verfassungsvertrag die Europäische Union in eine Krise stürzen werde. Polen würde sich damit selbst am meisten schaden, denn es brauche die Solidarität der EU. Solidarität sei keine Einbahnstraße; man könne nicht gegen alles sein. Bundestagspräsident Norbert Lammert äußert sich dahin gehend, dass ein Europa zweier Geschwindigkeiten entstehen könnte: Ein Teil der Mitgliedsländer werde sich schneller und tiefer integrieren und die Nörgler zurück lassen.
13.06.2007	Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy appelliert an Polen, als großes Land in der Europäischen Union mit den anderen großen Mitgliedsländern zusammenzuarbeiten. Polen sei zu einem so wichtigen Land in der EU geworden, dass die EU die polnische Zustimmung zum vorgeschlagenen Verfassungsvertrag brauche.
15.06.2007	Außenministerin Anna Fotyga bekräftigt, dass Polen dem Abstimmungssystem der doppelten Mehrheit nicht zustimmen könne, da Polen das Land sei, das dabei am meisten verliere und Deutschland den größten Nutzen davon hätte. Polen müsse auf eine Lösung drängen, die dem Abstimmungssystem von Nizza nahe komme. Die Ministerin kündigt an, die polnische Regierung werde auf dem EU-Gipfel in der kommenden Woche von dieser Forderung auch nicht im Tausch gegen die Einführung einer Klausel zur Energiesolidarität in der EU ablassen. Darüber hinaus spricht sie sich dafür aus, auf dem Gipfel über die Gewichtung von EU-Recht und nationalem Recht zu verhandeln: Polen räume dem nationalen Recht Vorrang ein.
15.06.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński unterstreicht, dass Polen um das Abstimmungssystem nach der Quadratwurzels-Formel kämpfen müsse: Die Anzahl der Stimmen Polens, die nach diesem System im Rat der Europäischen Union größer sei als im Verfahren der doppelten Mehrheit, habe darauf Einfluss, ob Polen in der 1. oder 2. Liga der Gemeinschaft spielen werde. Dabei wolle nicht Polen die Rolle Deutschlands zurückdrängen, sondern umgekehrt.
16.06.2007	Nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Meseberg teilt Staatspräsident Lech Kaczyński Medienvertretern mit, dass gegenwärtig beide Seiten bei dem von ihnen bevorzugten Abstimmungsverfahren geblieben seien, jedoch mit dem Vorsatz, beim EU-Gipfel in der kommenden Woche einen Erfolg zu ermöglichen.
18.06.2007	Im Rahmen des Treffens der EU-Außenminister in Luxemburg äußert Außenministerin Anna Fotyga gegenüber Medienvertretern, dass, wenn beim kommenden EU-Gipfel keine Einigung erzielt werde, dies keine Tragödie sei. Die EU werde weiterhin auf der Grundlage des Vertrags von Nizza funktionieren, und Abstimmungen wären entsprechend dem Nizza-Verfahren weiter gewährleistet.
19.06.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński kündigt an, dass die polnische Delegation beim kommenden EU-Gipfel die Verhandlungen für die Ausarbeitung des Abstimmungsystems im Rat der Europäischen Union blockieren könne. In einer Debatte zu diesem Thema müssten Polens Vorschläge gleichberechtigt zu denen anderer Länder behandelt werden. Anderen Ländern sei erlaubt worden, ihre Forderungen zum zukünftigen Verfassungsvertrag einzubringen, Polen werde dies verweigern und es nicht als Subjekt in der EU behandeln.
20.06.2007	Nach einem Telefonat teilen Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und der Vorsitzende der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, mit, dass ein Kompromiss auf dem EU-Gipfel in Brüssel möglich sei. Vorher hatte Jarosław Kaczyński bereits bekannt gegeben, dass Staatspräsident Lech Kaczyński nach Brüssel fahren werde, ein polnisches Veto somit auszuschließen sei, da dies nur der Ministerpräsident einlegen könne.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlerstätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de